



**RAT DER  
EUROPÄISCHEN UNION**



6983/1/10 REV 1

(OR. en)

PRESSE 48

## **MITTEILUNG AN DIE PRESSE**

2999. Tagung des Rates

### **Wettbewerbsfähigkeit (Binnenmarkt, Industrie und Forschung)**

Brüssel, den 1./2. März 2010

Präsidenten **Miguel Sebastián**  
Minister für Industrie, Tourismus und Handel  
Cristina Garmendia  
Ministerin für Wissenschaft und Innovation  
Diego López Garrido  
Staatssekretär für die Europäische Union  
Spaniens

# **P R E S S E**

---

Rue de la Loi 175 B – 1048 BRÜSSEL Tel.: +32 (0)2 281 6083 / 6319 Fax: +32 (0)2 281 8026  
[press.office@consilium.europa.eu](mailto:press.office@consilium.europa.eu) <http://www.consilium.europa.eu/Newsroom>

6983/1/10 REV 1

1  
**DE**

### ***Wichtigste Ergebnisse der Ratstagung***

*Nach einer Aussprache über die Hauptanliegen bei der Festlegung der Grundsätze einer **neuen Industriepolitik**, deren Schwerpunkt weiterhin auf nachhaltigem Wachstum und Beschäftigung liegt, hat der Rat Schlussfolgerungen zur Industriepolitik angenommen.*

*Zur Vorbereitung der nächsten Frühjahrstagung des Europäischen Rates führten die Wettbewerbsminister einen Gedankenaustausch über die künftige **Strategie für Wachstum und Beschäftigung**.*

*Der Rat nahm eine EntschlieÙung zur Verbesserung der Durchsetzung von **Rechten des geistigen Eigentums** im Binnenmarkt an.*

*Der Rat nahm Schlussfolgerungen zum Thema "**Mobilität und Karrieremöglichkeiten von Forschern**" an. Ferner nahm er Schlussfolgerungen über Wege zur Verbesserung der Struktur des **Europäischen Forschungsrats** an.*

*Der Rat nahm ohne Aussprache einen Beschluss über restriktive Maßnahmen gegen **Eritrea** an. Er nahm ferner seinen Standpunkt in erster Lesung zu dem Entwurf einer Verordnung über den **Handel mit Holz und Holzzeugnissen** an.*

**INHALT<sup>1</sup>**

<b>TEILNEHMER.....</b>	<b>4</b>
------------------------	----------

**ERÖRTERTE PUNKTE**

NEUE INDUSTRIEPOLITIK – <i>Schlussfolgerungen des Rates</i> .....	6
RECHTE DES GEISTIGEN EIGENTUMS IM BINNENMARKT – <i>EntschlieÙung</i> .....	7
NEUE EUROPÄISCHE STRATEGIE FÜR WACHSTUM UND BESCHÄFTIGUNG.....	7
EUROPÄISCHER FORSCHUNGSRAT: ÜBERPRÜFUNG SEINER STRUKTUREN UND MECHANISMEN – <i>Schlussfolgerungen des Rates</i> .....	9
MOBILITÄT UND KARRIEREMÖGLICHKEITEN VON EUROPÄISCHEN FORSCHERN – <i>Schlussfolgerungen des Rates</i> .....	9
EUROPÄISCHES ERDBEOBACHTUNGSPROGRAMM (GMES) UND SEINE ERSTEN OPERATIVEN TÄTIGKEITEN (2011-2013).....	9
FORSCHUNGSPROJEKT FÜR DIE OSTSEE ("PROGRAMM BONUS-169") .....	10
SONSTIGES.....	11

**SONSTIGE ANGENOMMENE PUNKTE***GEMEINSAME AUSSEN- UND SICHERHEITSPOLITIK*

– Restriktive Maßnahmen (Eritrea - Irak - Liberia - Somalia) .....	15
--------------------------------------------------------------------	----

*HANDELSPOLITIK*

– Antidumping – Einführen von Furfurylalkohol aus China.....	16
--------------------------------------------------------------	----

*UMWELT*

– Register für Biozid-Produkte .....	16
– Handel mit Holz und Holzzeugnissen aus illegalem Einschlag* .....	17

<sup>1</sup>

- Sofern Erklärungen, Schlussfolgerungen oder EntschlieÙungen vom Rat förmlich angenommen wurden, ist dies in der Überschrift des jeweiligen Punktes angegeben und der Text in Anführungszeichen gesetzt.
- Dokumente, bei denen die Dokumentennummer im Text angegeben ist, können auf der Website des Rates <http://www.consilium.europa.eu> eingesehen werden.
- Rechtsakte, zu denen der Öffentlichkeit zugängliche Erklärungen für das Ratsprotokoll vorliegen, sind durch \* gekennzeichnet; diese Erklärungen können auf der genannten Website des Rates abgerufen werden oder sind beim Pressedienst erhältlich.

**TEILNEHMER****Belgien:**

Vincent VAN QUICKENBORNE  
Benoît CEREXHE

Jean-Claude MARCOURT

Minister für Unternehmung und Vereinfachung  
Minister der Regierung der Region Brüssel-Hauptstadt,  
zuständig für die Beschäftigung, die Wirtschaft, die  
Wissenschaftliche Forschung, die Brandbekämpfung und  
die Notärztliche Versorgung  
Minister für Wirtschaft, KMB, neue Technologien,  
Außenhandel und Hochschulwesen (Wallonische Region)

**Bulgarien:**

Sergey IGNATOV

Evgeny ANGELOV

Stellvertretender Minister für Bildung, Jugend und  
Wissenschaft  
Stellvertretender Minister für Wirtschaft, Energie und  
Tourismus

**Tschechische Republik:**

Erik GEUSS  
Vlastimil RŮŽIČKA  
Jana REINISOVÁ

Stellvertreter des Ministers für Industrie und Handel  
Stellvertretender Minister für Bildung, Jugend und Sport  
Stellvertretende Ständige Vertreterin

**Dänemark:**

Charlotte SAHL-MADSEN

Jonas BERING LIISBERG

Ministerin für Wissenschaft, Technologie und  
Entwicklung  
Stellvertretender Ständiger Vertreter

**Deutschland:**

Bernd PFAFFENBACH

Georg SCHÜTTE

Staatssekretär, Bundesministerium für Wirtschaft und  
Technologie  
Staatssekretär bei der Bundesministerin für Bildung und  
Forschung

**Estland:**

Tõnis LUKAS  
Gert ANTSU

Minister für Bildung und Wissenschaft  
Stellvertretender Ständiger Vertreter

**Irland:**

Mary COUGHLAN

Geraldine BYRNE-NASON

Stellvertretende Premierministerin (Tánaiste) und  
Ministerin für Unternehmen, Handel und Beschäftigung  
Stellvertretende Ständige Vertreterin

**Griechenland:**

Soannis PANARETOS

Alexandros FOURLAS

Stellvertretender Minister für Bildung, lebenslanges  
Lernen und religiöse Angelegenheiten  
Generalsekretär

**Spanien:**

Miguel SEBASTIÁN  
Cristina GARMENDIA MENDIZÁBAL  
Diego LÓPEZ GARRIDO

Felipe PETRIZ

Minister für Industrie, Tourismus und Handel  
Ministerin für Wissenschaft und Innovation  
Staatssekretär für die Europäische Union im Ministerium  
für auswärtige Angelegenheiten und Zusammenarbeit  
Staatssekretär für Forschung im Ministerium für  
Wissenschaft und Innovation

**Frankreich:**

Philippe LEGLISE-COSTA

Stellvertretender Ständiger Vertreter

**Italien:**

Giuseppe PIZZA  
Vincenzo GRASSI

Staatssekretär für Bildung, Hochschulen und Forschung  
Stellvertretender Ständiger Vertreter

**Zypern:**

Antonis PASCHALIDES  
Costas IACOVOU

Minister für Handel, Industrie und Tourismus  
Direktor des Planungsbüros

**Lettland:**

Artis KAMPARS  
Tatjana KOŅE

Minister für Wirtschaft  
Ministerin für Bildung und Wissenschaft

**Litauen:**

Dainius KREIVYS  
Raimundas KAROBLIS

Minister für Wirtschaft  
Stellvertretender Ständiger Vertreter

**Luxemburg:**

Jeannot KRECKÉ  
François BILTGEN

Minister für Wirtschaft und Außenhandel  
Minister für Arbeit und Beschäftigung, Minister für  
Kultur, Hochschulwesen und Forschung, Minister für  
Kultusangelegenheiten

**Ungarn:**

István VARGA

Minister für nationale Entwicklung und Wirtschaft

**Malta:**

Theresa CUTAJAR

Stellvertretende Ständige Vertreterin

**Niederlande:**

Maria van der HOEVEN  
Peter KOK

Ministerin für Wirtschaft  
Stellvertretender Ständiger Vertreter

**Österreich:**

Harald GÜNTHER

Stellvertretender Ständiger Vertreter

**Polen:**

Marcin KOROLEC  
Maria Elzbieta ORLOWSKA

Unterstaatssekretär, Ministerium für Wirtschaft  
Staatssekretärin für Wissenschaft und Hochschulen

**Portugal:**

José MARIANO GAGO  
Carlos ZORRINHO

Minister für Wissenschaft, Technologie und Hochschulen  
Staatssekretär für Energie und Innovation

**Rumänien:**

Borbely KAROLY  
Cristian BADESCU

Staatssekretär  
Stellvertretender Ständiger Vertreter

**Slowenien:**

Gregor GOLOBIČ  
Uroš VAJGL

Minister für Wissenschaft und Hochschulen  
Stellvertretender Ständiger Vertreter

**Slowakei:**

Luboš HALÁK  
Peter JAVORCIK

Staatssekretär  
Stellvertretender Ständiger Vertreter

**Finnland:**

Anni SINNEMÄKI  
Riina NEVAMÄKI

Ministerin für Arbeit  
Staatssekretärin für Wirtschaft

**Schweden:**

Maud OLOFSSON

Tobias KRANTZ  
Gunnar WIESLANDER

Stellvertretende Ministerpräsidentin und Ministerin für  
Unternehmen und Energie  
Minister für Hochschule und Forschung  
Staatssekretär bei der Ministerin für Handel

**Vereinigtes Königreich:**

Ian LUCAS

Andy LEBRECHT

Parlamentarischer Staatssekretär für Wirtschaft und  
Regelungsreform  
Stellvertretender Ständiger Vertreter

**Kommission:**

Antonio TAJANI  
Michel BARNIER  
Máire GEOGHEGAN-QUINN

Vizepräsident  
Mitglied  
Mitglied

## ERÖRTERTE PUNKTE

### NEUE INDUSTRIEPOLITIK – *Schlussfolgerungen des Rates*

Der Rat hat einen Gedankenaustausch über die Hauptanliegen bei der Festlegung der Grundsätze einer neuen Industriepolitik geführt, deren Schwerpunkt weiterhin auf nachhaltigem Wachstum und Beschäftigung liegt. S. 7a

Die Minister betonten insbesondere die Bedeutung von Nachhaltigkeit, Ökoeffizienz, operativen Schlüsselindikatoren sowie der Einbeziehung innovativer Sektoren wie der Weltraumindustrie in den Wirkungsbereich der neuen Industriepolitik. Sie hoben hervor, dass ein neuer, vernetzter und am Wissensdreieck ausgerichteter industriepolitischer Ansatz gefordert ist, bei dem die Stärkung der Wissensbasis und das Thema Nachhaltigkeit im Mittelpunkt stehen, und betonten die Notwendigkeit einer engen Verknüpfung zwischen der neuen Industriepolitik und dem anstehenden Europäischen Forschungs- und Innovationsplan.

Die neue Politik muss die horizontalen Maßnahmen mit konkreten sektorspezifischen Initiativen verbinden. Als ersten Schritt in diese Richtung ersuchten die Minister die Kommission, einen Aktionsplan für saubere und energieeffiziente Fahrzeuge (auch unter Berücksichtigung der wachsenden Bedeutung von hundertprozentigen Elektrofahrzeugen und Steckdosenhybrid-Fahrzeugen) vorzulegen.

Darüber hinaus hoben die EU-Delegationen folgende Gesichtspunkte hervor:

1. Die erforderliche industrielle Umstrukturierung und Umwandlung muss in sozial verträglicher Weise erfolgen.
2. Die Kreditklemme wird nach wie vor als ein gravierendes Problem betrachtet, insbesondere für KMU, die im Erholungsprozess eine tragende Rolle spielen sollen. In diesem Zusammenhang wurde festgestellt, wie wichtig die Verbesserung des Regulierungsrahmens für KMU und die Umsetzung des Small Business Act sind, um geschäftliche Tätigkeiten anzuregen.
3. In der neuen Industriestrategie müssen die Kohäsion und das Bewusstsein über die unterschiedlichen Ausgangspositionen der Mitgliedstaaten berücksichtigt werden.
4. Mit Blick auf die externe Politikdimension riefen die Minister zu einer proaktiven Rohstoffstrategie auf, warnten vor der Gefahr der Verlagerung von CO<sub>2</sub>-Emissionen und hoben die Bedeutung eines angemessenen internationalen Regulierungsrahmens hervor, um weltweit gleiche Ausgangsbedingungen zu schaffen.

Schließlich plädierten die Minister dafür, der Rat (Wettbewerbsfähigkeit) solle im Rahmen der Strategie "EU 2020" eine proaktive neue Rolle übernehmen.

Am Ende der Aussprache nahm der Rat die in Dokument [6391/10](#) enthaltenen Schlussfolgerungen an.

## **RECHTE DES GEISTIGEN EIGENTUMS IM BINNENMARKT – Entschließung**

Der Rat nahm die folgende Entschließung zur Verbesserung der Durchsetzung von Rechten des geistigen Eigentums im Binnenmarkt an (Dok. [6363/10](#)).

## **NEUE EUROPÄISCHE STRATEGIE FÜR WACHSTUM UND BESCHÄFTIGUNG**

Der Rat hat einen Gedankenaustausch über eine neue EU-Strategie für Wachstum und Beschäftigung geführt, nachdem die Kommission den wesentlichen Inhalt ihrer am 3. März 2010 zu veröffentlichten Mitteilung zur Strategie "Europa 2020" vorgestellt hatte.

Vor dem Hintergrund der Ergebnisse der Aussprache sowie der Mitteilung der Kommission und den von den verschiedenen betroffenen Ratsformationen zu leistenden Vorarbeiten wird der Europäische Rat auf seiner Frühjahrstagung (25./26. März 2010) den Schwerpunkt auf den allgemeinen Rahmen der Strategie legen können.

Beide Ratsformationen erörterten Kernaspekte im Hinblick auf die Konzipierung der künftigen Strategie aus der Sicht ihrer jeweiligen Zuständigkeiten; die für die Bereiche Industrie/Binnenmarkt zuständigen Minister am 1. März 2010 und die Forschungsminister am 2. März 2010.

Auf der Grundlage von vom Vorsitz vorgelegten Fragebögen (Dok. [6070/1/10 REV 1](#) und [6389/10](#)) konzentrierten sich die Beratungen auf die Frage, mit welchen Aktionen am besten zur Förderung der Wettbewerbsfähigkeit und somit zu der neuen Strategie für Wachstum und Beschäftigung beigetragen werden kann.

Die Delegationen unterstrichen die Notwendigkeit, ehrgeizige, realistische und klare Ziele in Verbindung mit politischen Verpflichtungen für die Mitgliedstaaten abzustecken.

Bei der Aussprache zeichnete sich ein hohes Maß an Übereinstimmung in mehreren Fragen ab, die bei der Einleitung der künftigen Strategie zu berücksichtigen sind, so z.B.

- die Bedeutung einer Vertiefung des Binnenmarktes mit dem Ziel, ihm neue politische Impulse zu verleihen und ihn durch Vermeidung von Protektionismus seine Attraktivität für Drittländer zu erhalten;
- die Notwendigkeit, eine europäische Industrie voranzubringen, die in der Lage ist, Fortschritte bei den neuen Herausforderungen in Richtung auf eine nachhaltige und ökologische Wirtschaft zu machen;
- die Angemessenheit, die Zielvorgaben eng an den Anliegen der europäischen Bürger auszurichten, wobei der sozialen Dimension Rechnung getragen und der geografische Zusammenhalt gefördert werden sollte;

- die Gelegenheit, Forschung und Innovation im Rahmen der neuen Agenda in den Mittelpunkt der verschiedenen EU-Politiken zu stellen;
- die Konzentration der Forschung auf die sich abzeichnenden großen gesellschaftlichen Herausforderungen in Bereichen wie Klimawandel, Energie, Ernährungssicherheit, Gesundheit und Demografie; und
- die Entwicklung des Europäischen Forschungsraums.

Die Minister äußerten sich auch zum konkreten Einsatz geeigneter Instrumente, um diese Ziele besser erreichen zu können. Sie erwähnten Folgendes:

- Investitionen in innovative Technologien;
- die Stärkung der materiellen Infrastruktur der Verkehrs- und Energienetze;
- die Entwicklung von Schlüsselementen, um das Potenzial des Binnenmarktes voll auszuschöpfen, wie die digitale Agenda, der Schutz der Rechte an gewerblichem und geistigem Eigentum, die Erleichterung elektronischer Transaktionen, die Umsetzung der Dienstleistungsrichtlinie usw.;
- die Verbesserung des Regelungsrahmens für Unternehmen, insbesondere für KMU, und die Verbesserung der Bedingungen für den Zugang zu Finanzmitteln und Innovation;
- die Vereinfachung der für die wissenschaftliche Forschung zur Verfügung stehenden Instrumente und deren effiziente Nutzung;
- die Förderung des Humankapitals (durch allgemeine und berufliche Bildung, bessere Rahmenbedingungen für Forscher usw.); und
- die Stärkung der drei Seiten des "Wissensdreiecks": Bildung, Wirtschaft und Forschung.

Von der Strategie wird auch erwartet, dass sie eine erfolgreiche Überwindung der allgemeinen Wirtschaftskrise mit einer ehrgeizigen Agenda für eine Strukturreform mit Maßnahmen auf EU- und auf nationaler Ebene verbindet.

Es wurde auch anerkannt, dass dem Rat (Wettbewerbsfähigkeit) eine zentrale Rolle bei der Koordination, Durchführung und Überwachung der künftigen Strategie zukommen wird.



## **EUROPÄISCHER FORSCHUNGSRAT: ÜBERPRÜFUNG SEINER STRUKTUREN UND MECHANISMEN – *Schlussfolgerungen des Rates***

Der Rat nahm Schlussfolgerungen über die Überprüfung der Strukturen und Mechanismen des Europäischen Forschungsrates an (Dok. [6666/10](#)).

## **MOBILITÄT UND KARRIEREMÖGLICHKEITEN VON EUROPÄISCHEN FORSCHERN – *Schlussfolgerungen des Rates***

Der Rat nahm Schlussfolgerungen über die Mobilität und Karrieremöglichkeiten von Forschern an und vereinbarte, sie den für Beschäftigung und Sozialpolitik zuständigen Ministern im Hinblick auf einen Gedankenaustausch auf ihrer Tagung am 8. März zu übermitteln.

Die Schlussfolgerungen sind in Dokument [6362/2/10](#) enthalten.

## **EUROPÄISCHES ERDBEOBACHTUNGSPROGRAMM (GMES) UND SEINE ERSTEN OPERATIVEN TÄTIGKEITEN (2011-2013)**

Der Rat nahm einen Sachstandsbericht des Vorsitzes (Dok. [6069/10](#)) über den Entwurf einer Verordnung über das Europäische Erdbeobachtungsprogramm (GMES) und seine ersten operativen Tätigkeiten (2011-2013) zur Kenntnis.

Ziel der Verordnung ist es, GMES als operatives Programm zu etablieren, indem zusätzliche Mittel für die ersten operativen Tätigkeiten von GMES bereitgestellt werden, um schrittweise den Aufbau von Fähigkeiten bis zum Ablauf des derzeitigen Finanzrahmens im Jahr 2013 zu ermöglichen.

Der Vorschlag, den die Kommission im Mai 2009 vorgelegt hat (Dok. [10285/09](#)), wird derzeit von den EU-Experten im Hinblick darauf geprüft, frühzeitig zu einer Einigung mit dem Europäischen Parlament zu gelangen. Die wichtigsten noch offenen Fragen in Bezug auf das Programm sind die Finanzierung für den Zeitraum von 2011 bis 2013, die Lenkungsstruktur sowie die Datenverarbeitung und der Umgang mit Informationen.

Beim Projekt GMES handelt es sich um eine Initiative unter der Führung der EU, die darauf abzielt, eine eigenständige europäische operative Fähigkeit zur Erdbeobachtung aufzubauen, um Daten über die physikalischen, chemischen und biologischen Systeme des Planeten zu sammeln oder, allgemeiner ausgedrückt, die natürlichen Umweltbedingungen zu überwachen. Dazu werden sowohl welt-raumgestützte (d.h. Satelliten) als auch bodengestützte Einrichtungen eingesetzt. Die mit Hilfe von Satelliten erhobenen Daten werden verarbeitet, um Informationsdienste erbringen zu können, die ein besseres Umweltmanagement ermöglichen und die Sicherheit für die Bürger erhöhen.

## **FORSCHUNGSPROJEKT FÜR DIE OSTSEE ("PROGRAMM BONUS-169")**

Während einer öffentlichen Beratung nahm der Rat einen Bericht des Vorsitzes über die laufenden Arbeiten zur Kenntnis, die darauf abzielen, die Teilnahme der Gemeinschaft an einem von mehreren EU-Mitgliedstaaten initiierten Forschungsprojekt für die Ostsee ("Programm BONUS-169") zu genehmigen (Dok. [6046/10](#)).

Die Kommission und die Ostseestaaten gaben Erklärungen ab, in denen sie die Bedeutung des Projekts für den Ostseeraum hervorhoben.

"BONUS-169" ist ein gemeinsames, von acht EU-Ländern des Ostseeraums (Dänemark, Deutschland, Estland, Finnland, Lettland, Litauen, Polen und Schweden) betriebenes Forschungsprogramm zur Unterstützung der nachhaltigen Entwicklung des Ostseeraums.

Vorrangiges Ziel ist es, wichtigen Herausforderungen in Bereichen wie Umweltschutz und nachhaltige Entwicklung, Tourismus, Aquakultur, Lebensmittelsicherheit, Seeverkehr und in Bezug auf sozioökonomische Fragen wirksam zu begegnen (Dok. [15234/09](#)).

Das "Programm BONUS-169", das mit den Zielen der europäischen Strategie für die Meeresforschung und die maritime Forschung sowie der Strategie der Union für den Ostseeraum im Einklang steht, ist als Pilotmodell für weitere ähnliche regionale Initiativen anzusehen. Zudem soll mit der Initiative auch der Aufbau und die Strukturierung des Europäischen Forschungsraums in der Region unterstützt werden.

**SONSTIGES****Arbeitsessen der Minister**

Am 1. März haben die Minister beim Mittagessen einen Gedankeaustausch über prioritäre Bereiche für eine Neubelebung des Binnenmarktes sowie über die Verknüpfungen zwischen der Integration der Waren-, Dienstleistungs-, Arbeits- und Kapitalmärkte und der sozialen Dimension sowie der Dimension der Bürgernähe Europas geführt. Auf diese informelle Aussprache folgten Ausführungen des Präsidenten der Bocconi-Universität, Herrn Mario Monti, der mit der Erstellung eines Berichts über die Zukunft des Binnenmarktes beauftragt ist.

An dem Arbeitsessen der Minister haben auch Antonio Tajani, der neue Kommissar für Wirtschaft und Unternehmen, und Michel Barnier, der für Binnenmarkt und Dienstleistungen zuständige Kommissar, teilgenommen.

Thema des informellen Arbeitsessens der Forschungsminister am 2. März 2010, an dem auch die neue Kommissarin für Forschung, Innovation und Wissenschaft, Frau Máire Geoghegan-Quinn, teilnahm, waren die Entwicklung des Europäischen Forschungsraums sowie Ziele und Indikatoren zur Feststellung der diesbezüglichen Fortschritte.

**Die Kopenhagener Klimakonferenz: Mögliche Auswirkungen für die europäische Industrie**

Die Kommission hat in einem mündlichen Vortrag über die Ergebnisse der Kopenhagener Konferenz vom Dezember 2009 und über deren Auswirkungen auf die Bemühungen der EU um den Klimaschutz und die Umwandlung Europas in eine Wirtschaft mit geringem Kohlenstoffausstoß informiert.

**Informelle Tagung des Rates (Wettbewerbsfähigkeit) vom 8./9. Februar 2010**

Der Vorsitz hat den Rat über die Ergebnisse der informellen Tagung des Rates (Wettbewerbsfähigkeit) informiert, die am 8./9. Februar 2010 in San Sebastián, Spanien, stattgefunden hat (*Dok. [6760/1/10 REV 1](#)*).

Auf der Tagung erörterten die für Forschungsfragen zuständigen Minister die anstehenden Herausforderungen im Zusammenhang mit dem Europäischen Forschungsraum. Während des zweiten Teils der Tagung gab der spanische Vorsitz die Zusage, sich für eine europäische Strategie für Elektrofahrzeuge einzusetzen und die Aussprache auf der Mai-Tagung des Rates (Wettbewerbsfähigkeit) fortzusetzen.

## **Elektrofahrzeuge: Normung**

Der Vorsitz und die Kommission haben über den Sachstand und die zu unternehmenden Schritte informiert, die im Hinblick auf die Annahme eines harmonisierten Systems der Typgenehmigung sowohl für reine Elektrofahrzeuge (die ausschließlich batteriebetrieben sind) als auch für Hybridfahrzeuge (mit einer Kombination aus Elektrotrieb und Verbrennungsmotor) unter Berücksichtigung der Umwelteigenschaften zu unternehmen sind (*Dok. [6827/10](#)*).

## **Weiterentwicklung des Binnenmarktes - Dienstleistungsrichtlinie**

Der Rat hat Kenntnis vom Stand der Umsetzung der Dienstleistungsrichtlinie in einzelstaatliches Recht zwei Monate nach Ablauf der Umsetzungsfrist genommen. Aus einem Bericht der Kommission (*Dok. [6817/10](#)*) geht hervor, dass in Bezug auf mehrere Aspekte sowie in einer Reihe von Mitgliedstaaten dringender Handlungsbedarf besteht.

Die im Jahr 2006 angenommene Richtlinie zielt auf die Beseitigung der Hindernisse für den Dienstleistungsverkehr ab, was die Zunahme grenzüberschreitender Transaktionen, Preissenkungen und eine Verbesserung der Qualität und Auswahl für die Verbraucher ermöglicht. Der Rat hat am 16. Februar 2010 Schlussfolgerungen zu diesem Thema angenommen (*Dok. [6060/10](#)*).

Die Kommission hat ferner die folgenden drei Berichte angenommen:

- Binnenmarktanzeiger Nr. 20: Stand der Umsetzung von Binnenmarktrichtlinien in einzelstaatliches Recht durch die Mitgliedstaaten;
- Bericht über das SOLVIT-System (ein Online-Problemlösungsnetz für den Binnenmarkt);
- Bericht über den "Wegweiserdienst für die Bürger", einem Dienst, der einzelne Bürger persönlich über ihre Rechte nach den Binnenmarktvorschriften aufklärt.

Darüber hinaus hat die Kommission Statistiken über die Nutzung des Binnenmarktinformationssystems (IMI) im Jahr 2009 vorgelegt. IMI ist ein elektronisches System, das entwickelt wurde, um die Kommunikation zwischen den Verwaltungen der Mitgliedstaaten im Interesse einer effizienteren alltäglichen Zusammenarbeit bei der Umsetzung der Binnenmarktvorschriften zu verbessern (*Dok. [6922/10](#)*).

## **Versuchsreaktorprojekt ITER**

Der Rat nahm Kenntnis von den Vorbereitungen der Kommission im Hinblick auf die nächsten Tagungen des Rates der Internationalen ITER-Fusionsenergieorganisation. Ferner nahm er die Ernennung von Frank Briscoe (Vereinigtes Königreich) zum neuen Direktor des gemeinsamen Unternehmens "Fusion for Energy" ("Kernfusion für die Energiegewinnung"), das Europas Beiträge zum ITER-Projekt verwaltet, zur Kenntnis (<http://fusionforenergy.europa.eu/>).

## **Initiativen zur Gründung von öffentlich-privaten Partnerschaften**

Die Kommission hat einen Bericht über die Entwicklung der folgenden Initiativen zur Gründung von öffentlich-privaten Partnerschaften vorgelegt: "Fabriken der Zukunft", "energieeffiziente Gebäude" und "umweltfreundliche Kraftfahrzeuge". Für die drei Partnerschaften sind 3,2 Mrd. EUR für den Zeitraum von 2010 bis 2013 vorgesehen; die Hälfte davon stammt aus privaten Quellen, die andere Hälfte aus dem siebten Forschungsrahmenprogramm der EU.

Das Thema wird auch zu den Hauptthemen der bevorstehenden Konferenz zum Europäischen Rahmenprogramm ("The European Framework Programme: from Recovery to Sustainability") zählen, die am 13./14. April in Valencia, Spanien, stattfinden soll.

Am 19. November 2009 hat die Kommission eine Mitteilung mit dem Titel "Mobilisierung privater und öffentlicher Investitionen zur Förderung der Konjunktur und eines langfristigen Strukturwandels: Ausbau öffentlich-privater Partnerschaften" vorgelegt.

Die Kommission hat ferner einen Bericht über eine öffentlich-private Partnerschaft zur Zukunft des Internets vorgelegt (Dok. [6807/10](#)), die an ihren Vorschlag für eine EU-weite Internet-Innovationsstrategie vom Oktober 2009 anschließt. Laufende Forschungsaktivitäten zur Zukunft des Internets sind Gegenstand von mehr als 90 von der EU finanzierten Projekten mit einem Volumen von rund 400 Millionen EUR.

## **Hochrangige Tagung über Informations- und Kommunikationstechnologien für Energieeffizienz**

Der Rat nahm die Ergebnisse der Hochrangigen Tagung über Informations- und Kommunikationstechnologien für Energieeffizienz, die am 23./24. Februar in Brüssel zum zweiten Mal stattfand, zur Kenntnis. Am 9. Oktober 2009 hatte die Kommission eine Empfehlung zu diesem Thema angenommen (Dok. [14450/09](#)).

## **Europa-Mittelmeer-Konferenz zum Thema Hochschulbildung, Forschung und Innovation**

Der Rat nahm die Informationen der slowenischen Delegation zu den Vorbereitungen auf die Europa-Mittelmeer-Ministerkonferenz zum Thema Hochschulbildung, Forschung und Innovation, die am 25. April in Brdo, Slowenien, stattfinden soll, zur Kenntnis.

## **SONSTIGE ANGENOMMENE PUNKTE**

### **GEMEINSAME AUSSEN- UND SICHERHEITSPOLITIK**

#### **Restriktive Maßnahmen (Eritrea - Irak - Liberia - Somalia)**

##### **Eritrea**

Der Rat hat einen Beschluss angenommen (*Dok. [5534/10](#)*), mit dem in Einklang mit der Resolution 1907 (2009) des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen restriktive Maßnahmen gegen Eritrea verhängt werden.

Zu weiteren Einzelheiten siehe Dokument [6383/10](#).

##### **Irak**

Der Rat hat einen Beschluss zur Änderung des Gemeinsamen Standpunkts 2003/495/GASP zu Irak verabschiedet, mit dem die Resolution 1905 (2009) des VN-Sicherheitsrates umgesetzt werden soll (*Dok. [5789/10](#)*).

Mit der Resolution 1905 (2009) des VN-Sicherheitsrates wird die Geltungsdauer der in den Resolutionen 1483 (2003) und 1546 (2004) festgelegten Regelungen über die Einzahlung der durch Ausfuhren von Erdöl, Erdölprodukten und Erdgas erzielten Einkünfte in den *Entwicklungsfonds für Irak* sowie über die Immunität bestimmter irakischer Vermögenswerte in Bezug auf Gerichtsverfahren bis zum 31. Dezember 2010 verlängert.

Ferner verabschiedete der Rat eine Verordnung zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1210/2003 über bestimmte spezifische Beschränkungen in den wirtschaftlichen und finanziellen Beziehungen zu Irak (*Dok. [5791/10](#)*), um die obengenannten Maßnahmen auf Gemeinschaftsebene umzusetzen.

##### **Liberia**

Der Rat hat einen Beschluss zur Änderung der geltenden restriktiven Maßnahmen betreffend Rüstungsgüter gegen Liberia angenommen, um die vom Sicherheitsrat der Vereinten Nationen am 17. Dezember 2009 angenommene Resolution 1903 umzusetzen.

## **Somalia**

Der Rat hat einen Beschluss zur Änderung des Gemeinsamen Standpunkts 2009/138/GASP über restriktive Maßnahmen gegen Somalia angenommen, um diesen Standpunkt mit der EntschlieÙung 1907 (2009) des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen in Einklang zu bringen (*Dok. [5502/09](#)*).

Der VN-Sicherheitsrat hat im Dezember 2009 die Resolution 1907 (2009) zur Einführung zusätzlicher restriktiver Maßnahmen gegen Somalia angenommen, mit der alle Staaten aufgefordert werden, nach Maßgabe ihrer nationalen Rechtsvorschriften und im Einklang mit dem Völkerrecht in ihrem Hoheitsgebiet, einschließlich ihrer Seehäfen und Flughäfen, alle Ladungen auf dem Weg nach oder aus Somalia zu überprüfen, falls hinreichende Gründe für die Annahme sprechen, dass die Ladung Gegenstände enthält, die nach dem Waffenembargo gegen Somalia verboten sind.

Der Rat hat im Februar 2009 den Gemeinsamen Standpunkt 2009/138/GASP angenommen, um die Resolution 1844 (2008) des VN-Sicherheitsrates umzusetzen, mit der restriktive Maßnahmen gegen diejenigen ergriffen werden, die einen friedlichen politischen Prozess zu verhindern oder zu blockieren suchen oder die die Übergangs-Bundesinstitutionen Somalias oder die Mission der Afrikanischen Union in Somalia (AMISOM) durch Gewalt gefährden oder durch ihr Handeln die Stabilität in Somalia oder in der Region untergraben.

## **HANDELSPOLITIK**

### **Antidumping – Einfuhren von Furfurylalkohol aus China**

Der Rat hat eine Verordnung zur Änderung der Verordnung 1202/2009 zur Einführung eines endgültigen Antidumpingzolls auf die Einfuhren von Furfurylalkohol mit Ursprung in China im Anschluss an eine Neuausführer-Überprüfung gemäß der Verordnung 1225/2009 (*Dok. [6334/10](#)*) angenommen.

## **UMWELT**

### **Register für Biozid-Produkte**

Der Rat hat beschlossen, die Annahme eines Beschlusses der Kommission zur Einrichtung eines Registers für Biozid-Produkte nicht abzulehnen.



Nach dem Regelungsverfahren mit Kontrolle kann der Rat einen Rechtsakt ablehnen, wenn dieser über die für die Kommission vorgesehenen Durchführungsbefugnisse hinausgeht oder mit dem Ziel und dem Inhalt des Basisrechtsakts nicht vereinbar ist oder aber gegen die Grundsätze der Subsidiarität oder Verhältnismäßigkeit verstößt, selbst wenn der Regelungsausschuss zuvor die erwogenen Maßnahmen befürwortet hat.

### **Handel mit Holz und Holzzeugnissen aus illegalem Einschlag\***

Der Rat hat seinen Standpunkt in erster Lesung zu dem Entwurf einer Verordnung über die Verpflichtungen von Marktteilnehmern, die Holz und Holzzeugnisse auf den europäischen Markt bringen, angenommen (*Dok. [6527/1/10 REV 1](#) + [6527/1/10 ADD 1 REV 1](#) + [5885/10](#) + [5885/10 ADD 1](#)*). Die Niederlande stimmten gegen den Standpunkt, während sich das Vereinigte Königreich der Stimme enthielt. Die künftige Verordnung zielt darauf ab, die Gefahr, dass Holz und Holzzeugnisse aus illegalem Einschlag auf dem EU-Markt in Verkehr gebracht werden, auf ein Minimum zu reduzieren. In einem am 29. Januar 2010 abgeschlossenen schriftlichen Verfahren ist der Rat in erster Lesung zu einer politischen Einigung über seinen Standpunkt gelangt.

Zu weiteren Einzelheiten siehe Dokument [5688/10](#).

---